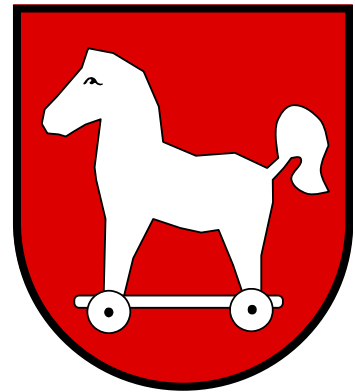


# Auf dem Weg in den autoritären Staat?

Infoveranstaltung zum NPOG

14.8.2018 in Braunschweig



Noch diesen Herbst möchte die niedersächsische Landesregierung ihren Entwurf für ein neues Polizeigesetz (NPOG) verabschieden lassen. Klingt erstmal bürokratisch? Betrifft uns aber alle – sei es als Politikinteressierte, Aktivist\*innen oder einfach als ganz „normale“ Menschen. Denn dieser Entwurf reiht sich ein in eine länderübergreifende Serie von Gesetzesverschärfungen, die dem Beispiel des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes folgend massive Einschränkungen der Grundrechte zu Gunsten der Illusion von mehr Sicherheit vorsehen.

Im Ergebnis bedeuten die meisten Maßnahmen keinen realen Zugewinn an Sicherheit. Stattdessen lösen sie die Grenze zwischen Polizei und Geheimdienst immer weiter auf, machen alle zu Verdächtigen und schwächen den Rechtsstaat durch weniger demokratische Kontrolle.

Prominente Maßnahmen sind etwa die Einschleusung eines Staatstrojaners zur Online-Durchsuchung, die Ausweitung der Videoüberwachung, der Einsatz von Tasern und Fußfesseln oder die Einführung eines wahrscheinlich verfassungswidrigen 74-tägigen Präventivgewahrsams – allesamt ohne begangene Straftat, lediglich auf in die Zukunft gerichteten bloßen Mutmaßungen basierend.

## Infoveranstaltung

mit den Anwälten Sven Adam und Rasmus Kahlen

**14.08.2018, 19 Uhr**

**Gewerkschaftshaus Braunschweig, Wilhelmstraße 5**

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist kostenfrei.

(Ausgeschlossen sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind.)

Weitere Veranstaltungen:

- **Demo gegen das NPOG, 18.08.2018, 11 Uhr, Braunschweig, Kohlmarkt**
- **Landesweite Großdemonstration, 08.09.2018, Hannover**

**Veranstalter:**

**Bündnis gegen das NPOG, #noNPOG, Ortsgruppe Braunschweig**, c/o ver.di-Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen. Wir möchten informieren, mit kreativen Aktionen auf die Gefahren für Rechtsstaat und Freiheit aufmerksam machen und dem Protest gegen das Gesetz eine Plattform bieten. Das Bündnis wird von verschiedenen politischen Initiativen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Parteien und Vereinen getragen.

Weitere Informationen unter [niedersachsentrojaner.de](http://niedersachsentrojaner.de)